

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXL1/8

Bonn, den 11. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen  
-----  
1 "Die Lasten der Zukunft" 42

Der Mann, der aus der Kälte kam  
Siegfried Balke und die Rentner

2 Alarmierend ! 42

Die Notlage der Städte

3 Was wird aus den spanischen Arbeitern in Deutschland ? 49

Sorgen in Madrid

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

4 - 6 Peking und Moskau verstärken Aufmarsch in Fernost-Sibirien 122

Sowjetische Fernraketen auf Peking und Harbin gerichtet  
Die Dritte rotchinesische Armee am Yalu vor Nordkorea konzentriert  
Bei Bürgerkrieg in China Besetzung der Mandchurei durch die Sowjets  
"zum Schutz des sozialistischen Bruderlandes" möglich

Von Erwin Erasmus Koch

## "Die Lasten der Zukunft"

---

Der Mann, der aus der Kälte kam  
Siegfried Balke und die Rentner

G.K. - "Der Mann, der aus der Kälte kam" - gemeint ist nicht jener Romantitel, in dem es heißt, daß ein Spion aus der Kälte kam. Wir sprechen von dem Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Professor Siegfried Balke, CSU-Mitglied des Bundestages, der jetzt erklärt hat, man müsse an der "Lasten der Zukunft" außer den Versicherten auch die Rentner beteiligen.

Uns geht es bei dieser Forderung des Herrn Balke nicht in erster Linie um die Prüfung der Frage, ob die Rechnung des Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände "aufgeht". Das ist Angelegenheit von Fachleuten, die sich mit Herrn Balke auseinandersetzen müssen, und die es bereits getan haben.

Wir sprechen von der Kälte, welche die Überlegungen des Herrn Balke ausstrahlt. Ein Kulturstaat zeichnet sich u.a. dadurch aus, daß er den älter gewordenen Bürgern einen Lebensabend ohne Sorgen sichert, soweit es sich hierbei um z i n s a n z i e l l e Sorgen handelt.

Die Rentner von heute und morgen gehören meist jener Generation an, die nach zwei Weltkriegen und zwei Geldentwertungen mit unsäglichen Mühen durch ihrer Hände oder ihres Geistes Arbeit den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zweimal geleistet haben. Ihre Arbeitskraft und ihre Arbeitsleistung sind nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg das einzige Kapital gewesen, mit dem Deutschland wieder arbeiten konnte. Diese Menschen haben sich nicht nur einen rechtlichen sondern auch einen moralischen Anspruch darauf erworben, daß die nachfolgenden Generationen ihnen den Dank für geleistete Arbeit an der Nation in Form eines gesicherten Lebensabends abstatuen.

Diesen Gedanken muß jede Regelung der Rentenbezüge unterworfen sein; es sei denn, wir wollten freiwillig darauf verzichten, als Kulturstaat zu gelten. Wenn wir an dieses Problem nur rechnerisch herangehen, sollten wir gleich kalt sagen, was die heute alten Menschen in einem arbeitsreichen Leben für uns geleistet haben, geht uns nichts an.

Gewiß, es wird bei den Überlegungen zur Sicherung der Rentenbezüge auch in Krisenzeiten manches überdacht werden müssen, was noch vor einigen Jahren als selbstverständlich galt. Dieses Überdenken darf aber nicht so weit führen, daß man alten Menschen, die in früheren Jahren für die Zukunft nachfolgender Generationen gearbeitet haben, heute sagt, sie müßten die Lasten der Zukunft tragen.

Wenn ein Rentenbezieher das in seiner Zeitung liest, muß ihm kalt werden. Er wird sich fragen, ob er nur Objekt ist oder ob diejenigen, die über seine Rentenbezüge mitbestimmen, in ihm auch den Menschen sehen. Ineбенheiten und Ungerechtigkeiten bei Rentenbezügen wird auch der Rentner beseitigt wissen wollen. Nun aber zu sagen, er solle "die Lasten der Zukunft tragen", ist unwürdig.

Alarmierend !

Die Notlage der Städte

sp - Um die dritte Säule unseres demokratischen Staates, die Gemeinden, ist es schlecht bestellt. An ihnen rächt sich die Sünde der bisher unterlassenen Finanzreform, eines gerechten Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die kreisfreien Städte bekommen das Ausbleiben dieser Reform und die Härten der wirtschaftlichen Stagnation am schmerzlichsten zu spüren. Wohl kaum jemand kann sich der Dramatik verschließen, die in den nüchternen Feststellungen des geschäftsführenden Präsidiums-Mitglieds des Deutschen Städtetages, Werner Bockelmann, liegt. Sie entwerfen ein düsteres, ja geradezu alarmierendes Bild der Lage, in der sich die Städte befinden und deren Auswirkungen das wirtschaftliche Geschehen beeinflussen, recht ungünstig beeinflussen, wie man hinzufügen muß.

Da die laufenden Ausgaben bei nur geringer Einnahmensteigerung zwangsläufig zunehmen, heißt es in der Vorausschau auf die Finanzlage der Städte 1967, kann der Haushaltsausgleich nur durch drastische Kürzungen der Investitionen erfolgen. Notwendige Straßen-, Schul- und Krankenhausbauten müssen also unverbleiben.

Eine zweite und dritte Feststellung:

- \* Seit 1963 gehen, weil die laufenden Ausgaben der Städte stärker stiegen als ihre laufenden Einnahmen, die Mittel zur ordentlichen Finanzierung der Investitionen in den städtischen Haushalten mit Ausnahme des Jahres 1964 absolut zurück. Im Jahre 1966 lagen diese Mittel um 400 Millionen DM oder 14,1 Prozent unter dem Stand von 1962.
- \* Seit 1963 können die Städte steigende Investitionen im wesentlichen nur durch überproportional steigende Verschuldung finanzieren. Ihre Ausgaben für Sachinvestitionen stiegen von 1962 bis 1966 um 21,2 Prozent, ihre Darlehensaufnahmen am Kapitalmarkt dagegen um 41,8 Prozent.

Steigende Schuldenlast vermindert die Fähigkeit der Städte zur Zukunftsvorsorge und das ausgerechnet in einer Zeit, in der die Wichtigkeit der Dringlichkeit der öffentlichen Investitionen volkswirtschaftlich so überzeugend nachgewiesen werden, zeigt sich die Investitionskraft der Städte gebrochen. Wenn die Städte ihre Funktion als Träger des wirtschaftlichen Wachstums nicht mehr erfüllen oder nur unzulänglich erfüllen können, treten schwere und kaum noch zu übersehende Schäden auf.

Die Vorausschau auf die Notlage der Städte 1967 fordert die möglichst baldige Verabschiedung der Finanzreform heraus. Sie wieder auf die lange Bank zu schieben, kann sich keine Bundesregierung mehr leisten. Die Mittel, die den Gemeinden aus der erhöhten Mineralölsteuer zufließen, sind in keiner Weise ein Ausgleich.

Was wird aus den spanischen Arbeitern in Deutschland ?

Sorgen in Madrid

Von unserem FD-1-Korrespondenten in Madrid

Den Tausenden besorgter Angehörigen der 200 000 spanischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik bescherte die monarchistische Zeitung "ABC" eine Beruhigungspille: Der deutsche Bundesarbeitsminister Katzer habe versichert, heißt es, Spaniens Gastarbeiter würden die Letzten sein, die bei anhaltender Flaute entlassen würden. Ferner: Eher würden deutsche Arbeitnehmer brotlos werden, ehe die mit Einzelverträgen gekommenen Ausländer wieder in ihre Heimat geschickt werden.

Aber es war eine Beruhigungspille, nicht mehr. Das Blatt hatte seinen Lesern verschwiegen, daß diese Frage nicht allein im Kabinett entschieden wird, daß es in der Bundesrepublik Sozialpartner gibt, die bei diesen Dingen ein entscheidendes Wörtchen mitzureden haben; es beruhigte die Leser, die spanischen Gastarbeiter brauchten ihr Bündel nicht zu schnüren. Immerhin, es ließ durchblicken:

- \* "Es ist übel, daß die Überstunden zuende sind und wenn sich das
- \* Arbeitslosenproblem nicht bessert, dürfte der Tag kommen, an dem
- \* die Deutschen sich darüber beklagen, daß viele von ihnen ohne Arbeit sind, während Hunderte von Arbeitsplätzen von Ausländern ausgefüllt werden."

Das Kapital, das die NPD aus dieser Lage schlagen würde, beunruhigt auch Spaniens tonangebende Rechte. Schon heißt es, 25 000 Spanier würden aus dem Weihnachtsurlaub nicht mehr nach Deutschland zurückkehren und auf den eigenen Arbeitsmarkt drücken, der ebenfalls nicht mehr ganz so krisenfrei ist als noch vor einem halben Jahr. Wenn dies der Fall ist, ziehen die Arbeitgeber in Spanien die Daumenschrauben wieder an, dann ist es vorbei mit der zögernden Liberalisierung in der spanischen Arbeitswelt.

Das Nationalprodukt Spaniens stieg 1966 um acht Prozent - trotzdem kriselt es im Bergbau, in der Metallindustrie. Einen kleinen Vorgeschmack dessen, was auf sie zukommt, haben Tausende Madrider Metallarbeiter bereits zu spüren bekommen, als sie diszipliniert auf die Straße gingen, um gegen Lohnkürzungen ihres Arbeitgebers, der "Standard Electrica", zu protestieren. Die Bereitschaftspolizei löste den Demonstrationzug kurz vor dem Stadtzentrum auf und verhaftete sechs Teilnehmer. Sollte dies der erste Vorbote des vielgerühmten neuen Grundgesetzes sein? So fragten sich jedenfalls viele Spanier und ausländische Zuschauer, die diese bewegenden Szenen sahen und erfahren mußten, daß fast zur gleichen Zeit in Barcelona fünf Mitglieder der "Arbeiterkommissionen" wegen "illegaler Zusammenkünfte" festgenommen wurden.

Und da mokiert sich das Syndikatsblatt "Pueblo" über die "subversiven Elemente" unter den Arbeiter-Vertrauensleuten, obwohl beim Autokonzern Barreiros über 800 Mitarbeiter entlassen wurden und Arbeitskonflikte wegen Lohnkürzungen sowie Entlassungen das gegenwärtige Bild der Metallindustrie prägen. Im Industriegürtel von Bilbao tobt seit mehr als vier Wochen ein Arbeitskampf; daneben ist von Entlassungen wegen Auftragsmangels die Rede. Wie wird es erst aussehen, wenn die 25 000 ehemaligen Gastarbeiter aus Deutschland am spanischen Arbeitsmarkt auftauchen? Für die Liberalisierung der spanischen Arbeitswelt ist das Schlimmste zu befürchten. Ein Rückschritt wird unausbleiblich sein, wenn nicht in letzter Minute noch ein Wunder geschieht.

## Peking und Moskau verstärken Aufmarsch in Fernost-Sibirien

Sowjetische Fernraketen auf Peking und Harbin gerichtet  
Die Dritte rotchinesische Armee am Yalu vor Nordkorea konzentriert  
Bei Bürgerkrieg in China Besetzung der Mandschurei durch die Sowjets  
"zum Schutz des sozialistischen Bruderlandes" möglich

Von Erwin Erasmus Koch

Sowjet-Fernost hat mit Rotchina eine 2 000 Meilen lange Grenze. Sie folgt im wesentlichen dem Lauf des Amur und seiner Nebenflüsse, gleichfalls gewaltigen Strömen, dem Argun und Ussuri. Erhebliche Truppenkonzentrationen auf chinesischer und sowjetischer Seite lassen die Frage berechtigt erscheinen: Steht ein "kleiner" oder "großer" Krieg im Fernost des eurasischen Kontinents. - vielleicht mit dem sowjetischen Vorstoß in die Mandschurei - bevor? Die Urteile militärischer Experten vor allem japanischer Beobachter auf der Insel Hokkaido, gegenüber den sowjetischen "maritimen" Provinzen, nationalchinesischer, südkoreanischer und westlicher Experten lauten verschieden. Der größte Teil dieser Diplomaten räumt ein, daß es zu Guerillakriegen, zu Aufständen im weiten Grenzbereich kommen könne. Es gebe gegenwärtig bereits den Schußwechsel von hüben nach drüben und umgekehrt. Der Amur wirrole auf russischer Seite von sowjetischen Kanonenbooten. Vor dem chinesischen Ufer seien gleichfalls Flotillen von Schnellbooten zusammengelagert, Nachkonstruktionen sowjetischer Vorbilder. Es gebe auch Feuergefechte von Patrouillen, der zahllosen Spähtruppen, wobei die Chinesen den Sowjets durch motorisierte, auf Raupen gleitende "Schlittenpanzer" und ausgezeichnete andere konventionelle Waffen Respekt abnötigen. Im Urteil heißt es nahezu übereinstimmend: "Zur Zeit ist ein großer sowjetisch-chinesischer Krieg unwahrscheinlich. Allerdings kann die Möglichkeit eines solchen Krieges nicht ausgeschlossen werden".

### Historische Feindschaft

Die Frage, wieso zwischen den beiden größten kommunistischen Staaten der Welt ein Krieg vielleicht doch geführt werden könnte, findet ihre Antwort: Man denke nur an den russischen Landraub in Fernost-Sibirien, begründet und besiegelt 1858 in Aigun und Tientsin und 1860 in Peking; man denke an Lenins Manifest, daß die in der zaristischen Epoche geraubten Gebiete Chinas zurückgegeben würden! Man sollte auch nicht vergessen, daß Stalin den Plan hatte ihn jedoch durch die Machtangreifung Mao Tse-tungs nicht verwirklichen konnte - aus der Mandschurei ein sowjetisches Protektorat zu machen, ähnlich, wie aus der Mongolischen Volksrepublik. Erst die Mandschurei bilde die Abrundung von Sowjet-Fernost. Denn auf Jahrhunderte gesehen, hänge die Zukunft der Sowjetunion von der Entwicklung Sibiriens ab, und die Mandschurei gehöre dazu. Sie sei selbst durch Landraub an China gefallen. Im übrigen könnte der Machtkampf in Rotchina zum Bürgerkrieg ausarten. Einzelne Teile des Kontinents China könnten wiederum - wie so oft während der vergangenen 2 000 Jahre - autonome Staaten werden. In diesem Chaos würden Lin Piao und Mao bedenkenlos ihre Atomwaffen einsetzen. Die Fronten würden am Amur und Grenzfluß nach Korea, am Yalu, in Südkina und im fernen Nordwesten, in Sinkiang, verlaufen.

An den meisten dieser Fronten müßten sowjetische Divisionen "zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften des kommunistischen Bruderlands" kämpfen.

### Der sowjetische Aufmarsch

Tatsächlich ist die Zukunft Rotchinas, tatsächlich sind die Möglichkeiten der Entwicklung äußerst ungewiß. Die Konterrevolution gegen Mao Tse-tung und seine Clique in der rotchinesischen Oligarchie werden selbst Ströme von Blut nicht mehr ersticken können.

Unter dieser Betrachtung wird der sowjetische Fernost-Aufmarsch eine Entwicklung, die mehr als ein Jahr zurückreicht, verständlich. Er schließt in Fernost-Sibirien ein:

- \* 39 sowjetische Divisionen, und zwar im Territorium vom Ural
- \* bis zur Japanischen See,
- \* fünf deutsche Panzerdivisionen aus der SBZ,
- \* eine unbekannte Zahl von Raketenregimentern,
- \* 200 J-Boote im vorwiegend nördlichen Pazifik.

Dazu kommen noch mindestens acht sowjetische Luftlandedivisionen in Turkestan, also vor Sinkiang, und in den maritimen Provinzen entlang dem Nordosten Chinas, der Mandschurei. Ein zusätzliches erhebliches sowjetisches Aufgebot hat die Grenzgarnisonen der Mongolischen Volksrepublik bezogen.

Von Wladiwostok richten sich sowjetische Fernraketen sowohl auf Harbin wie auf Peking. Dazu sind weitere Feststellungen der japanischen Aufklärung bemerkenswert. Im Bereich der sowjetischen Küsten von Providenlja an der Bering-See über Kamtschatka und Sachalin bis zu den äußersten Vorposten der Sowjets, Nachodka und Wladiwostok, ist ein zum feil feststehendes, aber auch ein halbmobiles Radarsystem aufgebaut worden. Es scheint bereits den Anfang der Antiraketen-Raketenabwehr in der Ausführung der Planungen des Krenel zu bilden. 5 000 Düsenbomber und Kampfflugzeuge ergänzen die bereitgestellten Raketenwaffen. Jede wichtige industrielle Konzentration und sämtliche militärischen Objekte liegen im Schutz von SAM-2 - Gürteln. Neben Wladiwostok ist auf der Kamtschatka Petropawlowsk zu einem der wichtigsten U-Bootstützpunkte der sowjetischen Pazifikflotte ausgebaut worden.

### Überall KGB-Grenztruppen

Gleichfalls wird seitens der japanischen Informanten die fort-dauernde Verstärkung der aufmarschierten Kontingente der sowjetischen KGB-Grenztruppen, der Sicherheitsstreitkräfte, berichtet. Diese Maßnahme dient zweifellos dazu, daß die militärische Führung der Sowjetunion jede mögliche Entwicklung in ihre Planungen einschließt. Insbesondere fällt auf, daß die KGB-Truppen aus der ostturkestanischen Seite der Sowjetunion, vor Sinkiang stehen. Wie 1962 ist es neuerdings wiederum in Sinkiang zu Aufständen der mohammedanischen Figuren gekommen. Gerade innerhalb des Grenzbereichs Sinkiang - Ost-

turkestan, von Tadschikistan, Kirghiztan nach Kazakstan weit mehr als 2 500 Kilometer lang, hat sich sowohl durch chinesische wie sowjetische Irredenta ein besonderer Spannungsraum entwickelt. Die Mohammedaner fordern "ein unabhängiges Sinkiang". Der Aufstand greift um sich, ähnlich wie es in Tibet mit dem Aufstand der Khampas der Fall ist. Überdies stehen die KGB-Truppen sowohl vor Heilungkiang, dem nördlichsten Teil Nordost-Chinas (Mandschurei) wie entlang der Grenze mit maritimen Provinzen. Die Umklammerung der Mandschurei wird mit einem Blick auf die Karte deutlich: Die KGB-Truppen stehen ebenso am gesamten chinesischen Grenzverlauf der Mongolischen Volksrepublik. Offensichtlich will die sowjetische Führung "dem chinesischen Fiasko" vorbeugen, wie es schon die "Prawda" voraussagte. Die Sowjets wollen dem Bürgerkrieg in China gewachsen sein, sollte er nun der Bestand des Reichs der Mitte vor oder nach dem Tode Mao Tse-tungs erschüttern.

#### 60 rote chinesische Divisionen

Auch Peking hat seine Divisionen am Amur, an der Grenze der Äußeren Mongolei und im weiten Raum Sinkiangs erheblich verstärkt; von ehemals 26 Divisionen, wie es nun heißt, auf zumindest 50, wahrscheinlich 60 Divisionen. Genaueres läßt sich darüber auch nicht aus sowjetischen, geschweige denn aus japanischen oder nationalchinesischen Quellen entnehmen. Das chinesische Aufgebot kann durchaus weit größer sein. Mit Sicherheit steht fest, daß die Führung am Tien An Men in Peking weit eher den sowjetischen Überfall als den amerikanischen Angriff, einen Präventivschlag der USA, fürchtet. Saran ändert selbst die Tatsache nichts, daß vor wenigen Wochen noch der bisher jedenfalls noch artierende, neuerdings indes in seiner Stellung erschütterte Außenminister Chen Yi "Chinas Vorbereitung auf den Krieg mit den USA" betonte.

Warum wurde weiter, wie es geschehen ist, die Dritte Armee der "Volksbefreiungsarmee" am Yalu vor Nordkorea konzentriert? Die Warnung an den Freund der Sowjets, Kim Il-song, den nordkoreanischen Staatschef, wird deutlich. In Pjöngjang dürfte sich Kim Il-song deshalb keine großen Sorgen machen. Die Sowjets haben Nordkorea ein Geschwader oder mehr MIG-21 Düsenjagdbomber noch 1966 zur Verfügung gestellt. Die nordkoreanischen Luftstreitkräfte verfügen außerdem über 390 MIG-17 und MIG-15 Kampfflugzeuge.

In Fuk Chang, dem Hauptquartier der nordkoreanischen Luftwaffe, sind sowjetische Raketenstellungen, u.a. SAM-2 Basen, angelegt worden. Die Armee Nordkoreas ist mit einem der besten sowjetischen Panzer, dem T-54, ausgestattet.

Alles weist darauf hin: Eine weitere Krise bahnt sich, von Vietnam abgesehen, in Fernost an.

+ + +